

Vorwort Fisch und Fischmarkt

Alle Fischereiverbände unseres Landes und auch der Deutsche Fischereiverband haben ihre Landesdelegiertenkonferenzen bzw. Fischereitage 2013 durchgeführt. Insgesamt wurde festgestellt, dass 2012 vom Ergebnis her nicht schlecht, aber auch nicht herausragend war.

Erfreulich ist, dass die Anstrengungen in allen Bereichen von der Basis bis zur EU eine Verbesserung der Bestandssituation bei den Fischbeständen erbrachten.

Über 60% der Bestände im Nordost-Atlantik und den anliegenden Meeren werden nachhaltig bewirtschaftet.

Dieses Ziel konnte vorfristig erreicht werden und beweist, dass mit Vernunft und gutem Willen gemeinsam auch kritische Situationen zu meistern sind.

Andererseits zog sich wie ein roter Faden die Sorge um den Erhalt der Fischerei durch alle Veranstaltungen. Von NGO's werden überzogene Forderungen im Bereich Natur-Umwelt- und Artenschutz erhoben.

Die erreichten Erfolge werden negiert und das Märchen von den leer gefischten Meeren wird nach wie vor und teilweise sogar verstärkt weiter verbreitet.

Verstärkt wird ein Fangverbot in geschützten Gebieten gefordert und der Einsatz bewährter Fanggeräte durch nicht vorhandene bzw. wirtschaftlich nicht vertretbarer Fangtechnik verlangt.

Das führte bereits dazu, dass die Fischer aus Schleswig-Holstein eine Notgemeinschaft gründeten, die diesem ansinnen entgegen wirken soll.

Die Landesregierung in Mecklenburg-vorpommern vertritt im Gegensatz zu ihren Nachbarn den gesunden Standpunkt, dass in geschützten Gebieten nach wie vor das Verschlechterungsgebot gilt. Erst wenn auf der Basis gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse eine Verschlechterung bei Flora, Fauna und Habitaten festgestellt wird, und wenn die Ursachen dafür bei der Fischerei liegen, muss man sich zusammensetzen und gemeinsam nach Wegen zur Lösung des Problems suchen.

Wir sind sicher, dass dieser Weg richtig ist und dass die Weiterentwicklung selektiver Fanggeräte unabhängig davon fortgesetzt werden muss.

Die Fischer waren und sind bereit ihren Beitrag dazu zu leisten.

Da die Fischer berufsmäßige Optimisten sind, hoffen wir auf einen positiven Ausgang für alle Beteiligten.

Das kam auch auf dem Deutschen Fischereitag in Ulm zum Ausdruck.

Einhellig wurde der „Fischereilichen Notgemeinschaft Schleswig-Holstein“ Unterstützung zugesagt.

In vielen Veranstaltungen wurden dort die Hauptprobleme der Deutschen Fischerei aufgezeigt und Lösungswege gesucht.

Wie schwierig das ist und wie kompliziert, können Sie, liebe Leser, in diesem Heft nachlesen.

N. Kahlfuss



**Fischereitag des Landesverbandes der Kutter- und Küstenfischer
Mecklenburg-Vorpommern e.V.**
am 31.05.2013 in Negast

Der Vorsitzende erstattete den Bericht.

Aus gegebenem Anlass standen Probleme des Natur- Umwelt- und Artenschutzes im Mittelpunkt

Bericht zur Mitgliederversammlung am 31.05.2013 in Stralsund

Landesverband der Kutter- und Küstenfischer Mecklenburg-Vorpommern e.V

Die Landesfischereiverbände SH und Niedersachsen haben eine Notgemeinschaft gegründet. Das ist eine Gemeinschaft gegen die Bestrebungen der dortigen Landesregierungen die Fischerei aus angestammten Fanggebieten zu verdrängen und das Verbot gegen bestimmte Fanggeräte von ebenso traditionellen Fangplätzen.

Hintergrund ist ein äußerst fragwürdiger Natur- und Umweltschutz.

Wir erklären uns mit unseren Kollegen solidarisch und werden sie nach Kräften unterstützen.

Noch befinden wir uns in einer besseren Ausgangsposition als unsere Nachbarn. Minister Backhaus hat erst kürzlich klipp und klar erklärt, dass er zu ähnlichen Schritten keine Veranlassung sieht.

Bisherige Überprüfungen von Schutzgebieten, die im Bereich der Landeshoheit liegen, ließen keine Störung der Schutzziele erkennen.

Sollten weitere Untersuchungen und Kontrollen Schädigungen erkennen lassen, so gilt:

Erst prüfen, eventuelle Schäden benennen und zwar auf der Basis gesicherter Erkenntnisse und dann gemeinsam mit allen Beteiligten (ich betone gemeinsam) geeignete Maßnahmen festlegen.

So stelle ich mir eine verantwortungsvolle Umsetzung der FFH- und Vogelschutz-Richtlinien vor. Das entspricht auch den Aussagen verantwortlicher Mitarbeiter der EU- Kommission, als die Umsetzung der Richtlinien in Angriff genommen wurde.

Übrigens waren sich die norddeutschen Bundesländer darüber auch einig, aber das war vor den Wahlen in SH. Und auch auf Bundesebene gab es keine gegenteiligen Auffassungen. Aber wir können feststellen, die Front bröckelt und deshalb ist Einigkeit gefordert.

Nun gibt es Kräfte, auch in MV, denen die Beibehaltung des Status quo nicht passt – und so versuchen sie es von hinten durch die kalte Küche. Beispiel: Errichtung eines Gaskraftwerkes am Greifswalder Bodden.

Im November 2012 erhielten wir – bezeichneter Weise inoffiziell – Kenntnis von diesem Projekt. Das alleine wäre noch kein Kritikpunkt.

Aufhorchen ließ die Forderung nach einer drastischen Reduzierung der Stellnetze im Greifswalder Bodden und zwar im April als so genannte Ausgleichsmaßnahme im Rahmen des Natur- und Umweltschutzes.

Da wird man wohl oder übel stutzig und fragt sich:

Was hat ein Kraftwerk – an Land mit Fischen und Fischerei – im Wasser zu tun?

Da kämen doch wohl eher landseitige Maßnahmen infrage wie z.B. Alleebäume pflanzen oder man könnte Zäune errichten zum Schutz der hierzulande geplanten Ansiedlung eines Wolfsrudels.

Oder man könnte die Dünenheide auf Hiddensee wieder in einen vernünftigen Zustand versetzen, wie er vorhanden war, als dort noch eine Nutzung stattfand.

Oder man könnte den betroffenen Bürgern im Bereich Anklam denen durch die Renaturierung größerer Gebiete das Trinkwasser verschmutzt wird, Hilfe geben.

Und so fragten wir bei unserem Minister für Landwirtschaft, Umwelt- u. Verbraucherschutz mal nach.

Antwort: STALU Vorpommer ist die zuständige Behörde, die der Fachaufsicht des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus unterliegt, was den Immissionsschutz angeht. Immissionsschutz obliegt nicht dem MLUV. Das war eigentlich auch nicht die Frage.

Aber egal: gleiche Frage an das MWBT

Antwort: Das Ministerium ist zwar für den Immissionsschutz zuständig, aber für die Beantwortung der aufgeworfenen speziellen naturschutzfachlichen Fragen nicht, so der Minister.

Nun wird es total unübersichtlich. Immissionen haben etwas mit Schadstoffen zu tun, oder? Wenn also Schadstoffe in die Luft oder ins Wasser gehen sollten, müssten sie doch vorab beseitigt werden bzw. es dürfte dann gar kein Kraftwerk errichtet werden – oder irre ich mich?

Bleibt die Frage: warum Einschränkung der Fischerei?

Und hier entsteht der Verdacht, dass der Status quo beseitigt werden soll und zwar mit unlauteren Methoden.

Am 7. Mai hatten wir bei LALLF in Rostock eine erste Beratung mit dem Projektanten. Einen Investor bzw. Betreiber gibt es noch nicht.

Aber die Projektierungsfirma EWN klärte uns auf.

Die Immissionen, auf die sich beide Ministerien beziehen, das ist das einzuleitende Kühlwasser.

Dieses bewirkt in seinem Einzugsbereich eine Erwärmung, dadurch nimmt das Nahrungsangebot für die Enten zu und das führt zu der Schädigung bzw. verschlechtert die Lebensbedingungen für die Enten.

Ich mach mal kurz Pause und lasse den Satz wirken: Mehr Nahrung heißt Verschlechterung

Ich löse auf: im Bereich der Warmwasserfahne herrschen nicht mehr die normalen natürlichen Bedingungen für die Enten und damit stellt das eine Verschlechterung dar.

Wer nun noch Fragen hat, dem sei gesagt – bisher war das Stellnetz das angebliche Problem nun kommt mit dem Warmwasser ein neues Problem hinzu.

Reduziert man die Stellnetze gibt es wieder nur ein Problem – also ist die Stellnetzreduzierung eine echte Ausgleichsmaßnahme.

Nur das ist eine Milchmädchenrechnung wie jeder normal denkende Mensch sofort erkennen kann.

Der Fischer muss seine Quote abfischen.

Ob er mit 1000 m Netzen 10 Tage fischt oder mit 500 m Netzen 20 Tage, das ändert nichts an der Situation.

Andererseits geht es den Enten mit der Warmwasserblase besser.

Und so lautet das Ergebnis unter dem Strich:

Zunahme der Entenpopulation – Abnahme der Fischereibetriebe – womit o.g. These von der Veränderung des Status quo erhärtet wird.

Und mir hat sich immer noch nicht erschlossen, warum die Einleitung des erwärmten Wassers mit einer Reduzierung der Fanggeräte ausgeglichen werden soll.

Ich habe das Thema an den Anfang meines Berichtes gestellt, weil das Jahr 2012 vom Thema Natur- Umwelt- und Artenschutz geprägt war und wohl auch künftig das TOP-Thema sein wird.

Denken wir nur an die AWZ – Managementpläne für NATURA 2000 Gebiete sollen her. Was bisher zu erkennen ist, sieht nach starker Einschränkung der Fischerei in diesen Gebieten aus, bis hin zum Fangverbot.

Schweinswale, Seevögel und Habitats sollen geschützt werden und das geht zu Lasten der Fischerei.

Belastbare Untersuchungsergebnisse liegen nicht vor.

Frau Nina Wolff von der Deutschen Umwelthilfe sagte auf dem Stralsunder „Fischereidialog“ (der lt. mehreren Teilnehmern kein Dialog, sondern eine Vorführung der Fischerei war) - es geht nicht um die Anzahl der Seevögel oder Schweinswale – sondern darum, dass die herkömmliche Fischerei dem Schutzzweck zuwiderläuft und daher rigoros zu unterbinden – zumindest aber stark einzuschränken wäre.

Als Alternative werden den Fischern lediglich die bereits bekannten und ohne Erfolg erprobten Fischfallen angeboten.

Nimmt man noch die Freudenrufe über die Kegelrobben im Greifswalder Bodden hinzu und die aus unserer Sicht absolut unbefriedigende Situation beim Kormoran, so offenbart sich allen ein Dilemma und von den Offshore-Windparks will ich gar nicht erst reden.

Auch nicht von der Meeresstrategie – Rahmenrichtlinie der EU und weiteren Gesetzen und Verordnungen, die die Natur, die Umwelt und die Arten retten sollen.

Dazu zählen z.B. Otterschutzgitter. Und wer glaubt, die brauchen uns nicht zu interessieren, der dürfte sich schwer irren.

Wir müssen also stets bereit sein, uns möglichst frühzeitig einzubringen.

Nur wird das schwierig, wenn uns die zuständigen Stellen meistens außen vor lassen und Informationen uns oft zu spät erreichen.

Hier ist die Politik gefragt und gefordert und zwar auf allen Ebenen.

Diese Forderung möchte ich allen Gästen mit auf den Weg geben.

2012 war nicht unbedingt ein Jahr mit vielen Entscheidungen, aber viele Entscheidungen wurden vorbereitet und werden in diesem Jahr oder wenig später wirksam.

Das trifft auch auf die EU-Fischereipolitik zu.

Discardverbot, Videoüberwachung, Vielfachmeldungen sollen Stichpunkte für künftige Vorhaben sein.

Da steckt noch viel Arbeit drin.

Erreicht hat Deutschland den Erhalt der relativen Stabilität und eine für uns akzeptable Lösung des Problems Quotenhandel.

Nicht erreicht wurde die Abschaffung der KW-Tage bzw. Seetage oder der Einnetzregel. Es gab auch keine Fortschritte beim Schutz der kleinen handwerklichen Fischerei und bei Schiffsneubauten.

Auch das nur eine Auswahl der wichtigen Anliegen.

Logischerweise heißt es auch hier: DRANBLEIBEN.

Das werden wir und wir stehen auch nicht alleine da.

Der DFV ist unser wichtigstes Arbeitsinstrument, dazu kommen die Landesfischereiverbände, die Wissenschaftler, die Parlamente, die Landes- und Bundesregierung, die BLE, die Medien und andere.

Wenn es auch hier und da noch Differenzen und offene Wünsche gibt, so glaube ich mit Fug und Recht sagen zu können, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Wir wissen auch, im Gegensatz zu einigen Anderen, speziell NGO's, dass wir nicht im luftleeren Raum leben und oftmals Kompromisse gefordert sind.

Das haben wir bereits oft genug bewiesen und wir werden das auch weiter so halten.

Als notwendig erachten wir eine stärkere Förderung der Wissenschaft, um eine zuverlässige Basis für Entscheidungen zu haben und auch z.B. um die Fangtechnik zu verbessern.

Wir haben uns in der Vergangenheit nach Kräften eingebracht und sind bereit auch künftig unseren Teil zu leisten.

Da hat vor ein paar Tagen Herr Dr. v. Nordheim in einem Gespräch angeregt, im Rahmen des neuen Förderprogramms der EU ein Pilotobjekt z.B. im Greifswalder Bodden mit Hilfe des Landes und wenn nötig auch des Bundes zur Entwicklung neuer Fanggeräte auf den Weg zu bringen.

Voraussetzung ist selbstverständlich die entsprechende finanzielle Grundlage.

Diese sollte mit dem EU-Förderungsprogramm möglich sein.

Unterstützung vom BfN wird es geben und Gesprächsrunden angeboten.

Wir sollten nicht vorzeitig die Flinte ins Korn werfen und wenn ich das Thema Gaskraftwerk betrachte:

Es wäre doch eine sinnvolle Maßnahme, neue Fanggeräte zu entwickeln und zu erproben, um damit den Schutz von Meeressäugern und Seevögeln zu verbessern. Wir sind auf jeden Fall dabei.

Nur haben wir es satt, als Buhmänner der Nation hingestellt zu werden.

Wir haben es satt, ständig das Märchen von den leergefischten Meeren zu hören und wir haben absolut kein Verständnis für solche Behauptungen, dass es Nullrunden beim Fischfang geben müsste.

Und dass Riesentrawler ganze Areale leer fischen, dass die Auswirkungen der Fischerei auf Seevögel, Schweinswale und Kegelrobben deutlich zu hoch wären und dass die Wertschöpfung bei Fischereierzeugnissen nicht in unserem Bundesland erfolgen würde.

So müsste „ungebleichter Bio-Hering“ aus Bayern eingeführt werden, auf Rügen bekämen die Urlauber nur Tiefkühl-Seelachs vorgesetzt – und man müsste sich bei der Vermarktung vom Einheitsbrei absetzen.

So vorgetragen von Frau Rudolf von den „Grünen“ auf dem Verbandstag des LFV-MV am 20.04. in Schwerin.

Was soll man bei so viel Ignoranz, Unwissenheit und Nachplappern von gewissen Schlagzeilen noch sagen?

Ich sage: Wir müssen uns wehren und das funktioniert nur gemeinsam.
Übrigens hat der LFV von der Grünen-Fraktion im Landtag ein Gesprächsangebot für den 4.06. Das nehmen wir natürlich wahr.

Eine Meldung vom Naturschutz habe ich noch.
Am 11. Mai weilte Bundesumweltminister Altmaier auf Rügen.
Vertreter unseres Verbandes hatten die Gelegenheit an einer Gesprächsrunde teilzunehmen.
Wir schnitten das Thema Fischerei in den NATURA 2000-Gebieten in der AWZ an.

Das Ergebnis war recht erfreulich, denn der Minister vertrat den gleichen Standpunkt, wie Minister Backhaus und sicherte zu, Schnellschüsse zu vermeiden.

Es soll auch eine AG gebildet werden, die aus Vertretern des BMU, BMVEL, Wissenschaftlern, Naturschützern, Fischern und anderen Nutzern bestehen wird.

Warten wir erst mal ab, denn vor den Bundestagswahlen dürfte sich noch nicht viel bewegen.
Vielleicht hören wir auf dem Deutschen Fischereitag was Neues.

Da wir heute Fischereitag haben und nicht Umwelttag soll auch das Thema Fischerei eine gebührende Rolle spielen.
2012 war, wie bereits gesagt nicht das Jahr großer endgültiger Entscheidungen aber es war das Jahr der kürzesten Frühjahrsheringssaison und übertraf somit das Vorjahr.

Wieder gab es Zusatzquoten von der Hochseefischerei und wieder konnte der Fisch zu vernünftigen Preisen abgesetzt werden.
Nur setzte sich das beim Dorsch nicht fort. Hier gingen die Preise weiter in den Keller und am Ende blieb von der deutschen Dorschquote eine ganze Menge stehen.
Das führte letztlich nur zu einer Erlössteigerung von ca. 700.000 €, bei einer Gesamtanlandemenge von + 750 t.
Wir krebzen in etwa auf dem Niveau von 2010 herum und das kann angesichts der hohen Kosten absolut nicht befriedigen.

In diesem Jahr setzte sich diese Situation leider fort. So dürfte es auch kein Wunder sein, wenn die Mitgliederanzahl weiter rückläufig ist.
Dafür die EURO-Baltic Mukran verantwortlich zu machen, dürfte eine Fehlinterpretation sein. EURO-Baltic hat eine Steigerung der Heringsfischerei erst möglich gemacht, nach dem andere potentielle Investoren absprangen und ich möchte auch bezweifeln, dass dadurch Investitionen in kleinere Einheiten verhindert wurden, wie es der NORDKURIER am 26.04. 2013 darstellte.

Wir sollten nicht die Lage seinerzeit verkennen, wo Eigeninvestitionen kaum möglich waren und wo deshalb unser Verband große Anstrengungen unternahm, ein Konkurrenzunternehmen zu den Dänen klar bei uns im Lande anzusiedeln.

Zu den Preisen 2013 möchte ich nichts sagen, das ist Sache der Beteiligten und kann auf Wunsch in der Diskussion gerne angesprochen werden- der ist intern zu regeln.

Diskussionsstoff sollte genügend gegeben sein, sei es zu dem von mir gesagten oder auch zu den nicht erwähnten Problemen.

Diskussionspartner sind genügend da, also lassen Sie uns damit starten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

N. Kahlfuss
- Vorsitzender -



Diskussion

Holger Ortel, MdB und Präsident des Deutschen Fischereiverbandes, eröffnete die Aussprache.

Er kritisierte eingangs seiner Grußworte, dass es unerhört sei, dass die Hochseefischer massiv von NGO angegriffen würden und die Medien bei diesem ungerechtfertigten Kesseltreiben auch noch mitmachen würden.

Die Fischer würden mit ihren massiven Problemen von der Politik alleingelassen. Dies sei keine Art des Umgangs mit einem Wirtschaftszweig.

Herr Ortel begrüßte den endlich vollzogenen Zusammenschluss der beiden großen Anglerverbände Deutschlands und dankte besonders Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Brillowski für dessen unermüdlichen Einsatz bei diesem Prozess.

Für den Einsatz im Hinblick auf die Fischerei im Rahmen der EU-Reformen dankte Herr Ortel dem MdEP, Herrn Werner Kuhn, für sein Wirken im Europäischen Parlament. Nur eines hat auch er nicht geschafft, nämlich die Verringerung des bürokratischen Aufwands.

Sehr brisant und brandaktuell ist auch weiterhin die Situation des Aals. Er stelle den „Brotfisch“ für viele Betriebe dar. Der DFV und einige Kommunen hatten schon eine Art „Aalkonferenz“ zur Abschätzung der Situation des Aalfangs in der Zukunft. Ein Aalfang- bzw. -handelsverbot schwebt immer noch wie ein Damoklesschwert im Raum.

Die Angler und Fischer hätten versucht, mit sehr teurem Aalbesatz die Situation dieser Fischart zu verbessern. Nun hieße es aber abwarten, wie die EU reagiere.

Herr Ortel wies auf die brisante Situation der Fischerei in Schleswig-Holstein und Niedersachsen hin.

In diesen beiden Bundesländern hat sich eine „Notgemeinschaft“ gebildet, die sich gegen die immer schärfer werdenden Einschnitte seitens der Natur- und Umweltschützer wehren muss.

Nicht zuletzt das Urteil hinsichtlich des Otterschutzes von Reusen im Steinhuder Meer hat die Alarmglocken nicht nur in diesem Bundesland zum Läuten gebracht.

Herr Ortel betonte, dass Fischerei und Tourismus untrennbar miteinander verbunden seien.

Herr Kuhn verwies auf die Allianz von Fischern und Anglern, die beide Seiten auch dringend bräuchten.

Die Fischerei spielte über Jahrhunderte eine große ökonomische Rolle in den Küstenländern.

Trotzdem sei sie in Stralsund bei der sehr einseitig ausgerichteten Veranstaltung zur Rolle der Fischerei massiv angegriffen worden.

In allen Schutzgebieten soll wohl perspektivisch die ökonomische Nutzung der Fische und Krustentiere abgeschafft werden. Des Weiteren wird die Situation durch das festgelegte Rückwurfverbot verschärft.

Er selbst hat gegen die Kameraüberwachung an Bord gestimmt, da dies ein starkes Misstrauen gegenüber der Fischerei bedeutet und einen ganzen Berufsstand diskriminiert.

Die Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete stelle eine neuerliche Gefahr dar.

Der Aalmanagementplan würde durch das Aussprechen eines Aalfangverbotes völlig ausgehebelt werden. Gerade im Moment haben sich die Glassaalbestände gut erholt.

Herr Burkhard Lenz (CDU-Landtagsfraktion) empfindet den Umgang mit dem urtümlichen Berufsstand des Fischers als unmöglich.

Die Nachhaltigkeit ihres Wirkens war immer gegeben. Trotzdem bestünde die Gefahr, dass man Fischer wohl bald nur noch im Museum zu sehen bekäme.

Er regte an, bei der Bundeslandwirtschaftsministerin Frau Aigner darauf hinzuweisen, wie schlecht es um die Fischerei stehe.

Herr Lenz begrüßte ausdrücklich die auf Druck seitens der betroffenen Verbände geplante Rückübertragung der Fischereiaufsicht an das LALLF.

Sehr verärgert zeigte er sich über die untereinander stark variierenden Bestandszahlen z.B. bei Schweinswalen bei NABU, WWF etc. Damit sei klar, dass niemand die realen Zahlen kenne und trotzdem mit derartigen Angaben Politik zu machen versuche.

Herr Blume vom MLUV betonte, dass trotz der Nutzung eine ordnungsgemäße Fischerei in unserem Land gewährleistet sei.

Ebenso könne bei Berücksichtigung der Nachhaltigkeit in der AWZ und FFH-Gebieten die Fischerei dort durchgeführt werden. Dies sei sozusagen eine Form der Besitzstandswahrung.

Erst bei nicht mehr gegebener Nachhaltigkeit würden Verbote drohen.

Herr Blume stellte fest, dass im Jahre 2012 die Erlöse der Heringsfischerei im Vergleich zu 2011 um 33 % gestiegen seien. Auch die diesjährige Quote für den Hering sei fast ausgeschöpft. Bei relativ konstant gebliebenen Preisen sei sogar eine Steigerung der Gesamterlöse möglich.

Seit 2007 sei allerdings die Zahl der Fischer um 127 Betriebe zurückgegangen.

Deshalb regte er an, die Mittel aus dem EMFF zur Förderung von Erzeugerorganisationen und der Vermarktung zu nutzen.

Auch die Möglichkeiten der Förderung im Rahmen der FIWIG hält er für sehr wichtig.

Seit der Neuregelung der GFP stehe nun auch die Frage der Verwertung von Beifängen im Raum.

Man müsse Maßnahmen zur Erhöhung der Selektivität sowie der Verbesserung des Meeres- und Umweltschutzes treffen. Dabei müssten BfN, LALLF und die Fischer zusammenarbeiten. Der Generalsekretär des DFV, Herr Dr. Breckling, teilte mit, dass ein EU-weites Aalfangverbot vorerst vom Tisch sei. Ebenso konnte er berichten, dass nach neuesten Untersuchungen 61 % der Fischbestände in EU-Gewässern (außer dem Mittelmeer!) nachhaltig befischt werden. Damit gelten nur 39 % als überfischt.

Daraus folgt, dass die Ziele der EU-Fischereipolitik bei einigen Fischarten schon vorher erfüllt wurden (2015 war das Ziel). Bei einigen Arten sei das aber nicht bis dahin zu schaffen.

In der Ostsee würden der westliche Hering und der östliche Dorsch nachhaltig befischt.

Laut Meinung der grünen Verbände müssten die Erkenntnisse der Wissenschaft sofort 1:1 in Gesetze überführt werden. Damit müsse man sich aber intensiv auseinandersetzen.

Schlechtes Beispiel sei der Bestand des östlichen Dorsches, der als Ziel 600.000 t Laicherbiomasse bekommen hat. Im Augenblick seien bereits 300.000 t erreicht, diese Dorsche würden jedoch trotz ausreichender Sprottenbestände buchstäblich verhungern. Dafür müsse die Wissenschaft dann schon Begründungen liefern.

Ebenso müsse man beim Discard Regelungen finden, dass überlebende Fische des Beifangs heraus gerechnet werden müssten. So ist z.B. Ostseeflunder sehr wohl überlebensfähig.

Herr Dr. Breckling rüttelte die Fischer auf, sich gegen die aktuellen Angriffe massiv zu wehren.

Frau Knapstein stellte ein neues Portal zum Thema Fisch, Regionalvermarktung, Endverbraucher, Gastronomie etc. als „Fischeinkaufsführer“ vor.

Darin sind alle Adressen von Herstellern und Abnehmern von Fischereierzeugnissen in ganz Norddeutschland aufgeführt. Außerdem solle Fischereipolitik plausibler gemacht werden.

Herr Lorenz Marckwardt, Vorsitzender des LFV Schleswig-Holstein, teilte mit, dass seit Existenz eines „grünen Umweltministers“ in der Fischerei Schleswig-Holsteins schon viel kaputt gemacht worden wäre. Symbolisch bat er als aktiver Fischer um „Asyl in M-V“.

Nachdem die Fischer zu bestimmten Zeiten schon freiwillig auf Schleppnetzfisherei verzichtet hatten, weist der Minister 7 Naturschutzgebiete aus, so dass jetzt 9 Monate Fangverbot daraus geworden sind.

Die Fischer haben Vorschläge zu diesen Regelungen gemacht, die Politiker reagierten nicht darauf.

Bei der Krabbenfisherei wurden sofort 50 % der geeigneten Flächen als „Nullnutzungszonen“ ausgewiesen, bei der Muschelfisherei sei es ähnlich.

Herr Marckwardt betonte nochmals eindringlich, dass das Stellnetz die ökonomisch und ökologisch beste Variante des Fischfanges sei. Langleinen und Fischfallen kämen an deren Effizienz nicht einmal annähernd heran.

Neuester Stand der Dinge ist, dass in Schleswig-Holstein aktuell für die nächsten 3 bzw. 4 Jahre 2 alternative Fanggeräte getestet werden sollen, das sind eine Langleine und eine Jiggermaschine. Für immerhin 800.000 € soll getestet werden, ob diese Methoden ökologisch und ökonomisch als Alternative für andere Arten der Fischereiausübung geeignet sind.

Herr Marquardt verwies des Weiteren auf eine dänische Studie zum Beifang von Seevögeln und Schweinswalen in fischereilichem Gerät.

Dabei wurde festgestellt, dass das Stellnetz ein optimales Fanggerät ist.

Im Rahmen der Diskussion fragte Herr Braun von der FG Freest, ob man gegen die verleumderischen Aussagen grüner Verbände nicht rechtlich etwas unternehmen könne.

Herr Paetsch verwies darauf, dass keine Verbände klagen können sondern nur Privatpersonen. Das „Vorsorgeprinzip“ im Rahmen des Naturschutzes gilt. Wenn Gefahren für den Umwelt-, Natur- und Artenschutz drohen, wird automatisch der Schutzstatus erhöht.

Selbst Vermutungen einer Verschlechterung z.B. bestimmter Lebensbedingungen reichen aus, um Schutzverschärfungen zu erzielen.

Herr Ortel verwies darauf, dass in der PR-Abteilung von Greenpeace 5 Mitarbeiter sitzen. Des Weiteren betonte er, dass z.B. im „Forum Natur“ auch Angler und Fischer als Naturnutzer und –schützer sitzen würden.

Auch Herr Dr. Richter vom Verband der Hochseefischer stellte fest, dass man gegen derartige Verbände mit Klagen keine Chancen hat.

Meist würden derartige Verfahren wegen mangelnden öffentlichen Interesses eingestellt. Auch die durch Aktivitäten der „Umweltverbände“ entstandenen nachweisbaren Sach- und Personenschäden hätten diese Verfahren nicht aufrechterhalten können.

Zum Thema alternative Fanggeräte teilte Herr Dr. Richter mit, dass seit den 80er Jahren daran geforscht würde, sich bisher aber keinerlei Verbesserungen haben durchsetzen können. Eine Effizienz wie bei den passiven Fanggeräten habe es nie gegeben.

Ihm sei bekannt, dass aus DDR-Zeiten im Archiv des Instituts für Hochseefischerei Untersuchungen darüber vorliegen müssten.

Er regte weiterhin an, alle Fischer zu einer Diskussionsrunde zum Problem Ostseehering und dessen Preisentwicklung einzuladen.

einzelne Brillowski für seinen unermüdlichen Einsatz bei diesem Prozess.

f.d.R.d.P.

Norbert Kahlfuss

Präsident des Landesverbandes der Kutter- und Küstenfischer M-V e.V.

Statistik

Fänge und Erlöse der Mitglieder des LVKK-MV

<u>Jahr</u>	<u>Fang/Gesamt</u>	<u>Erlöse/Gesamt</u>
2009	16 618 t	6.036.000 €
2010	8 608 t	6.069,000 €
2011	6 914 t	5.400.100 €
2012	7 671 t	6.104.300 €

Quoten (lt. Fangerlaubnis der BLE für Mitglieder des LVKK-MV)

<u>Jahr</u>	<u>Hering</u>	<u>Dorsch</u>
2010	5.671,9 t	1.448,4 t
2011	3.970,3 t	1.601,0 t
2012	5.117,2 t	1.585,3 t
2013	6.135,9 t	1.616,2 t

Deutscher Fischereitag 2013

vom 18. – 20. Juni 2013 in Ulm

Wie immer in Jahren, in denen Bundestagswahlen stattfinden, wurde der Termin vorverlegt.

Dieser Fischereitag fand mit dem Hintergrund des Hochwassers statt und wird schon deshalb und auf Grund der außergewöhnlichen Hitze in Erinnerung bleiben. Natürlich gab es auch genügend zu lösende Probleme in den einzelnen Sparten des Deutschen Fischereiverbandes, die die vielfältigen Veranstaltungen prägten.

Der aktuellen Lage der Fischerei und der internationalen Fischereipolitik war es auch geschuldet, dass hochrangige Politiker Mangelware waren.

Trotz all dieser Faktoren darf von einem erfolgreichen Verlauf gesprochen werden. So erklärten sich alle Teilverbände solidarisch mit den Küstenfischern in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die eine Notgemeinschaft gegründet haben, um völlig wirklichkeitsferne Maßnahmen der Landesregierung gegen die Muschel – Krabben- und Küstenfischer abzuwenden.

Einstimmig wurde auch eine Resolution zur Energiegewinnung aus Wasserkraft, speziell mit Kleinwasserkraftanlagen (< 1 MW) verabschiedet.

Das Thema Wasserkraft beschäftigte auch den wissenschaftlichen Beirat.

In der Eröffnungsrede des Präsidenten des Deutschen Fischereiverbandes nahm die EU-Fischereipolitik breiten Raum ein. Sie prägt nicht nur die Meeresfischerei sondern zunehmend auch die Binnen- und Angelfischerei.

Die Reform der EU-Fischereipolitik genießt zu Recht große öffentliche Aufmerksamkeit.

Nur, was die Ergebnisse angeht, da gibt es einerseits Erfolge:

2005 galten 94% der Fischbestände im Nordatlantik, der Nordsee und der Ostsee als überfischt

2013 sind es nur noch 39%

61% werden nachhaltig befischt und zwar vorfristig, denn die entsprechenden Ziele sollten erst 2015 erreicht werden.

Und nun, so Präsident Ortel, stellen Sie sich die Freudentänze und Sektpartys der Grünen Verbände vor, wenn das bei der Energieumstellung oder im Öko-Landbau erreicht worden wäre.

Andererseits verbreiten diese Gruppen weiter gebetsmühlenartig das Schauermärchen von den leergefischten Meeren, dem katastrophalen Zustand der Bestände und ähnliche Unwahrheiten.

Der Kabeljau sei vom Aussterben bedroht – ungeachtet der Tatsache, dass fast 1 Million t MSC-zertifizierter Kabeljau (und weitere Mengen nicht zertifiziert) auf dem Markt sind und zu Absatzproblemen führen, ungeachtet dessen, dass sich die Nordseescholle auf einem historischen Höchststand befindet, dass sich der Bestand des Nordseekabeljaus mehr als verdoppelt hat und die Ostsee wahrscheinlich in kurzer Zeit das erste europäische Meer sein wird, das vollständig nachhaltig bewirtschaftet wird.

Präsident Ortel verwies auf den gegenwärtigen Schwerpunkt „Discardverbot“. Die Fischerei ist generell dafür, verlangt aber gründliche Untersuchungen im Detail, damit nicht mehr Schaden verursacht wird als Nutzen und damit die Existenzbedingungen für die Fischer nicht weiter verschlechtert werden. Er erkannte auch an, dass sich die Bundesregierung mit großem Einsatz für Fortschritte im Reformprozess engagiert hat.

Die Fischerei ist guter Hoffnung, dass es weitere Fortschritte geben wird. Gefordert wurde auch eine Reform der Fischereiwissenschaft, denn es fehlen, wie z.B. bei der Fangtechnik, Mittel und Kapazitäten.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Präsident Ortel auf die Probleme der Binnenfischerei, der Angelfischerei und der Aquakultur ein.

Hier besteht ein großes Betätigungsfeld. Das betrifft auch die Hochseefischerei, die durch rechtswidrige Aktionen von Greenpeace, durch die Legende vom Vergrößern der Hungersnot in Afrika, durch Ausrottung der Bestände und ähnliche Falschdarstellungen immer mehr unter Druck gerät.

Das ist nicht hinnehmbar.

Ebenso wenig hinnehmbar ist es, wenn der Hamburger Senat je Kubikmeter Hafenschlick 2,- € an eine Naturschutzstiftung zahlt und der grüne Landesminister Habeck (S-H) dafür erklärt, dass eine Verklappung vor Helgoland absolut unschädlich ist.

Da darf man wohl fragen, ob Naturschutzorganisationen käuflich sind. (Es gibt weitere Beispiele)

Kritisiert wurde die Arbeit der Bundesregierung in der Kormoranfrage.

Der Deutsche Fischereiverband ist sehr enttäuscht, weil im Prinzip nichts getan wurde.

Abschließend verwies Präsident Ortel auf 143 Jahre erfolgreiche Arbeit des Deutschen Fischereiverbandes. Jüngster Erfolg ist die Vereinigung der beiden Deutschen Anglerverbände VDSF und DAV zum Verband Deutscher Angelfischer.

N. Kahlfuss

Verband der Deutschen Kutter- und Küstenfischer e.V.
Tagung am 18.06.2013 in Ulm

Trotz der „Küstenferne“ des Tagungsortes nahmen Fischer, Landesvertreter, Vertreter der BLE und des BMELV an der traditionellen Mitgliederversammlung des VDKK teil.

Der Vorsitzende Norbert Kahlfuss erstattete Bericht:

Begrüßung:

Liebe Berufskolleginnen und –kollegen,

der Verband der Deutschen Kutter- und Küstenfischer tagt dieses Mal weit im Binnenland, an der Grenze zwischen Baden-Württemberg und Bayern, in der schönen Stadt Ulm. Wir haben hier zwar auch etwas Wasser vor der Tür, das ist die Donau, die weder in die Nord- oder Ostsee mündet. Trotzdem werden wir hier die aktuellen Probleme der Kutter- und Küstenfischerei diskutieren.

Lassen Sie mich mit einem wesentlichen Teil für die Seefischerei beginnen:

Die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der EU wird alle 10 Jahre erneuert. Und jedes Mal stellt die Politik fest, dass das Rad neu erfunden werden muss. Dieses Mal ist es etwas komplizierter, da die neue GFP sowohl vom Parlament der EU als auch vom Ministerrat beschlossen werden muss. Hierdurch hat sich alles verzögert. Eigentlich sollte die neue GFP bereits zu Beginn dieses Jahres in Kraft sein. Dieses war zeitlich nicht umzusetzen. Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit am 07.02. dieses Jahres einen Beschluss zur neuen GFP gefasst. Der Ministerrat hatte bereits am 12.06. letzten Jahres eine politische Einigung zur GFP ebenfalls beschlossen. Wie man sich leicht vorstellen kann, stimmten diese beiden Beschlüsse nicht völlig überein. So kam es zu einem so genannten Triolog-Verfahren. Hier verhandelt die Ratspräsidentschaft, das ist bis Ende dieses Monats Irland, die EU-Kommission und die Berichterstatter des Europäischen Parlamentes, wobei die Hauptberichterstatterin des Parlamentes Frau Ulrike Rodust aus Deutschland ist. Nach einigen Runden des Triloges hat man am 30. Mai frühmorgens mitgeteilt, dass eine Einigung erzielt worden sei. Wie wir inzwischen feststellen mussten, als wir die entsprechenden Papiere bekamen, gibt es doch noch einige ungeklärte Fragen, die jetzt in technischen Sitzungen bereinigt werden müssen. Wenn dann wirklich eine Übereinkunft erzielt worden ist, muss der Ministerrat diese noch beschließen, und auch das Plenum des Europäischen Parlamentes muss einen entsprechenden Beschluss fassen. Die Iren hoffen, dass sie dieses Verfahren bis zum Ende des Monats abgeschlossen haben.

Ab 1. Juli geht die Ratspräsidentschaft bis zum Ende des Jahres auf Litauen über. Es wird also noch spannend.

Nun noch zu einigen Einzelheiten:

In der neuen GFP soll vor allen Dingen in zeitlichen Stufen ein Discard-Verbot eingeführt werden. D. h., das keine Fische mehr über Bord gegeben werden dürfen und damit angelandet werden müssen. Hierzu hat man gewisse Ausnahmen vorgesehen, die aber unseres Erachtens bis ins Detail noch nicht ausdiskutiert sind. Wir gehen davon aus, dass die Krabbenfischerei von diesem Discard-Verbot ausgenommen wird, da sie keine quotierten Bestände befischt. Vielleicht erfahren wir schon heute von anwesenden Beamten des BMELV weitere Einzelheiten.

Im gleichen Verfahren muss auch noch der Vorschlag für die Fischerei im Skagerrak verabschiedet werden. Wir fordern, dass es im Skagerrak die gleichen Regeln wie für die allgemeine Gemeinsame Fischereipolitik gelten sollen. Ferner muss noch die Gemeinsame Marktordnung und auch der Fischereifond (EMFF) verabschiedet werden. Dieser soll ab Beginn des Jahres 2014 gelten. Nun, wir müssen sehen, was hieraus wird.

Dies ist aber nicht die einzige Baustelle, die die Fischerei ausfüllen muss. Es läuft seit einiger Zeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU, die an dem Gebiet der Doggerbank beteiligt sind, dies sind die Staaten Vereinigtes Königreich Großbritannien, Dänemark, Niederlande und Deutschland.

Hier hat Deutschland eine Position eingeschlagen, die die Fischerei stark tangieren wird. Man will in dem Gebiet der Doggerbank versuchsweise Schließungsgebiete für die Fischerei einführen, die uns treffen werden. Vor allen Dingen haben wir aber auch große Besorgnisse, dass dieses Thema dann als Blaupause auf die ausschließlichen Wirtschaftszonen und Küstenbereiche übertragen werden. Und dies könnte für die Kutter- und Küstenfischerei zu einem Todesstoß werden.

Wir haben feststellen müssen, dass die neue Regierung in Schleswig-Holstein, obwohl sie in ihrem Koalitionsvertrag reingeschrieben hat, dass die Kleine Küstenfischerei gefördert werden soll, uns sehr restriktive Maßnahmen angekündigt hat. So will man die Stellnetzfischerei in den küstennahen Gebieten der Ostsee durch Ausweisung von Sperrgebieten zumindest zeitlich verbieten. Dies sind allerdings Zeiten, die zur Hauptsaison der Fischerei zählen. In der Nordsee will man die Krabbenfischerei eindämmen, indem man versucht, das Gesetz zum Naturschutzpark dahingehend zu ändern, dass die Krabbenfischerei zu ihrem Fanggebiet keinen uneingeschränkten Zugang hat. Die Muschelfischerei will man ebenfalls einschränken. Dies führte dazu, dass sich im Frühjahr eine Notgemeinschaft Schleswig-Holstein gegründet hat, die die schleswig-holsteinischen Fischer nachhaltig unterstützen will. Wir hoffen, dass wir hierdurch noch Einfluss nehmen können, um das schlimmste zu verhindern.

Niedersachsen hat seit Anfang des Jahres auch eine neue Regierung und wir können nur hoffen, dass diese nicht dem Beispiel von Schleswig-Holstein folgt.

Die Krabbenfischerei hat sich nach dem katastrophalen Jahr 2011 im vergangenen Jahr etwas erholen können. Um weitere große Rückschläge zu vermeiden, haben sich die Krabbenfischer aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein – jedenfalls der größte Teil – zu einer großen Erzeugerorganisation zusammengeschlossen, die auch inzwischen anerkannt wurde. Die Erzeugerorganisation nimmt nach und nach ihre Arbeit auf, und zum Monatsende wird auch die Geschäftsführung tätig werden. Wir können nur hoffen, dass dieses zu einer Stabilisierung der Krabbenfischerei führen wird. Die alten örtlichen Erzeugerorganisationen mussten sich auflösen, da die holländische Kartellbehörde nach mehreren Prozessen durchgesetzt hat, dass die Erzeugerorganisation mit derart hohen Strafen belegt wurden, die sie nicht bezahlen konnten, und somit in die Pleite getrieben wurden.

Nun noch einige Worte zur wirtschaftlichen Lage des Fischereisektors:

Die Nordseefischerei leidet vor allem unter dem dualen System im Kabeljauplan. D. h., die Quoten für die einzelnen Fischarten sind nicht mehr die ausschließlichen Begrenzungen für die Fischereitätigkeit, sondern die nach einem Automatismus errechneten kW-Tage, d. h. jedes Schiff hat nur eine bestimmte Anzahl von Tagen, die es auf See verbringen kann. Die Kommissarin hat schon vor über zwei Jahren an das EU-Parlament geschrieben, dass sie dieses

duale System nicht für geeignet hält, sondern entweder den Fischereiaufwand, d. h. Tagebegrenzung, oder den Fischereiertrag über Fangquoten zu regeln. Leider ist bis heute jedoch keine Änderung eingetreten. Der Fischereirat hat allerdings im Dezember einstimmig eine Verordnung beschlossen, dass diese sogenannten kW-Tage in der Nordsee in den nächsten Jahren nicht mehr abgesenkt werden, denn sonst hätte die Gefahr bestanden, dass man die Fischerei abwürgt. Hiergegen klagt das EU-Parlament, weil es der Meinung ist, dass solch eine Entscheidung auch die Zustimmung des Parlaments benötigt.

Die Schollenquote in der Nordsee steigt jedes Jahr um 15 %, so dass es schon Schwierigkeiten beim Absatz von Schollen gibt. Wir haben einen historisch nicht mehr nachvollziehbaren Höchstbestand an Schollen in der Nordsee. Der Kabeljau in der Nordsee erholt sich langsam aber stetig. Der Seelachsbestand wurde auch wieder für dieses Jahr angehoben.

Die Seezunge wird in Deutschland kaum befischt, da die Krabbenfischerei, die im späten Frühjahr umrüstete, dieses nicht mehr macht, weil sich der Seezungenfang im Wattengebiet nicht mehr lohnt. Kaisergranat wird immer noch gut gefangen, allerdings müssen wir durch internationale Tauschgeschäfte die Quote erhöhen.

Die Krabbenfischerei hat sich Dank des guten Marktes im vergangenen Jahr etwas vom Vorjahr erholen können. Sie bemüht sich um eine Zertifizierung nach den Regeln des MSC. Ansonsten hoffen wir, dass durch den Zusammenschluss zu einer großen Erzeugerorganisation die Marktstellung für die Krabbenfischerei verbessert wird.

Die Muschelfischerei hat große Schwierigkeiten, durch den Beschluss des Oberlandesgerichts in Schleswig, dass sie keine Muschelsaat aus anderen EU-Gebieten einführen darf und im eigenen Bereich zu wenig Besatzmuscheln findet. Man hat Versuche mit Brutsammlern auf Basis des Smart-Farm-Konzeptes gestartet. Diese befinden sich immer noch in der Erprobungsphase, so dass es hier zu Schwierigkeiten kommt.

Die Ostseefischerei hat sich im letzten Jahr gut entwickelt. Allerdings ist die Fischerei auf Dorsch in der östlichen Ostsee stark zurückgegangen, auch wenn der Bestand immer noch wächst. Die Dorsche im östlichen Bereich sind allerdings so mager, dass sie nur schwierig zu vermarkten sind. So ist im letzten Jahr ein Teil der Quote nicht befischt worden, weil es sich nicht lohnte. In der Ostsee haben wir auch eine Seetageregelung, die dringend aufgehoben werden müsste. Der Hering in der westlichen Ostsee, der sehr stark von der deutschen Flotte befischt wird, ist für dieses Jahr sogar um 23 % erhöht worden, so dass die Saison noch einmal im Mai um vier Wochen verlängert werden musste.

Für das kommende Jahr hat der ICES vor 14 Tagen seine Vorschläge auf den Tisch gelegt. Hiernach soll der Dorsch in der westlichen Ostsee um 15 % abgesenkt werden. Dies beruht auf eine Anhebung des Faktors für die fischereiliche Sterblichkeit, die unseres Erachtens in dem Ausmaß nicht gerechtfertigt ist. Der Hering in der westlichen Ostsee soll ebenfalls kräftig abgesenkt werden, allerdings ist noch nicht geklärt, wie die Aufteilung zwischen Skagerrak/Kattegat und westliche Ostsee erfolgen soll. Bisher hatten wir hier ein Verhältnis von 50:50. Wir müssen nun sehen, was der Rat im Oktober beschließt.

Ich habe Ihnen hier nur einen kurzen Überblick über die Situation der Kutter- und Küstenfischerei gegeben, und hoffe, dass wir jetzt in der Diskussion einiges vertiefen können.

Aus der Diskussion

Angesichts der offenen Fragen zu Quoten und Beständen war es bedauerlich, außer Herrn Dr. Neudecker (Krabbenspezialist) keinen Vertreter des TI begrüßen zu können.

Zu Beginn der Aussprache erläuterte Herr Dübner (BMELV) nochmals Aspekte der Reform der gemeinsamen Fischereipolitik und die wichtige Rolle der Bundesregierung bei der Erarbeitung des Kompromisses zwischen Parlament und Ministerrat, ohne den die GFP nicht umgesetzt werden könnte.

Er dankte auch den Ländern, dem DFV und dem Bundestag für ihre Unterstützung.

Als Erfolge nannte er die grundlegende Herausnahme der Krabbenfischerei aus dem Discard-Verbot und der Pflicht zu Videoüberwachung im Skagerrak.

Als offen bezeichnete er die Lösung der konkreten Probleme beim Discard-Verbot in Deutschland. Eines davon sei die Berücksichtigung der Überlebensrate.

Das Discard-Verbot löste eine lebhafte Diskussion aus.

Ein Standpunkt: bereits 5% Überlebensrate sollten einen Rückwurf rechtfertigen.

Weitere Fragen und Standpunkte:

- EU erwägt für die Ostsee alle Arten in das Discard-Verbot einzuschließen
- Wie will man das Discard-Verbot kontrollieren. Das ist selbst mit Kameras kaum möglich
- Absenkung des Mindestmaßes bei Dorsch auf 35 cm erledigt das Discard-Verbot von selbst
- Abschaffung der Mindestlängen
- Die KW-Tage Regelung lässt sich mit Discard-Verbot nicht vereinbaren, weil mit 80mm Maschen gefischt werden **muss**
- Was tun bei Beifängen in der Schonzeit

Hier zeigt sich tatsächlich eine große Anzahl noch zu lösender Probleme

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war Natura 2000.

Seevögel und Schweinswale sollen durch Stellnetzverbote geschützt werden, obwohl keine belastbaren Untersuchungsergebnisse für den Schadensumfang vorliegen. Auch Schäden durch Schleppnetze sind nicht nachweisbar.

Die Vertreter des BMELV (Herr Conrad, Herr Dübner) erklärten, dass das BMELV versucht, das Schlimmste zu verhindern. Dem wurde durch Verbandsvertreter widersprochen.

Fischereiverbände anderer Mitgliedsstaaten hätten auch Kritik an der Verhandlungsführung durch Deutschland geäußert und um Einflussnahme gebeten.

Herr Conrad wies die Kritik zurück.

Letztendlich konnte man sich nicht einigen und gab den Vertretern des BMELV mit, die Forderungen des Verbandes besser zu berücksichtigen und überzogenen Forderungen des BMU und grüner NGO's konsequenter entgegen zu treten.

Im Rahmen des Fischereitages fand auch eine gemeinsame Sitzung Hochsee – Kutterverband statt.

Es wurde festgestellt, dass diese Veranstaltungen nützlich für die Zusammenarbeit beider Verbände sind.

In diesem Jahr stand das Problem von deutschen Überkapazitäten und dessen Lösung durch Schiffsverkäufe zur Debatte.

Die Klärung soll gemeinsam mit der BLE vorgenommen werden. Abhilfe könnte die Fortführung des bisher einmaligen Projektes „Schiffsaufkäufe“ mit der Möglichkeit, die Quoten dann auf andere Fahrzeuge zu geben, schaffen.

Herr Kahlfuss dankte der Hochsee für die zur Verfügungsstellung von Ostseeheringsquote (durch Tausch) und für die Verlängerung des Termins für die Annahme von Hering in der Frühjahrssaison 2013 durch EUROBALTIK.

Quoten 2013

Fangerlaubnisse 2013

EO	Hering	Dorsch (W)	Dorsch (E)	Dorsch (Gesamt)
ZAG	2 688,6	387,7	290,7	678,4
WIS	84,8	268,0	-	268,0
USE	2 101,7	329,2	202,7	531,9
POM	289,5	52,9	-	52,9
STR	971,3	85,0	-	85,0
Gesamt	6 135,9	1 122,8	493,4	1 616,2

Anmerkung:

	<u>Heringsquote</u>	<u>Dorschquote</u>
2010	5 671,9	1 448,4
2011	3 970,3	1 601,0
2012	5 117,2	1 585,3
2013	6 135,9	1 616,2